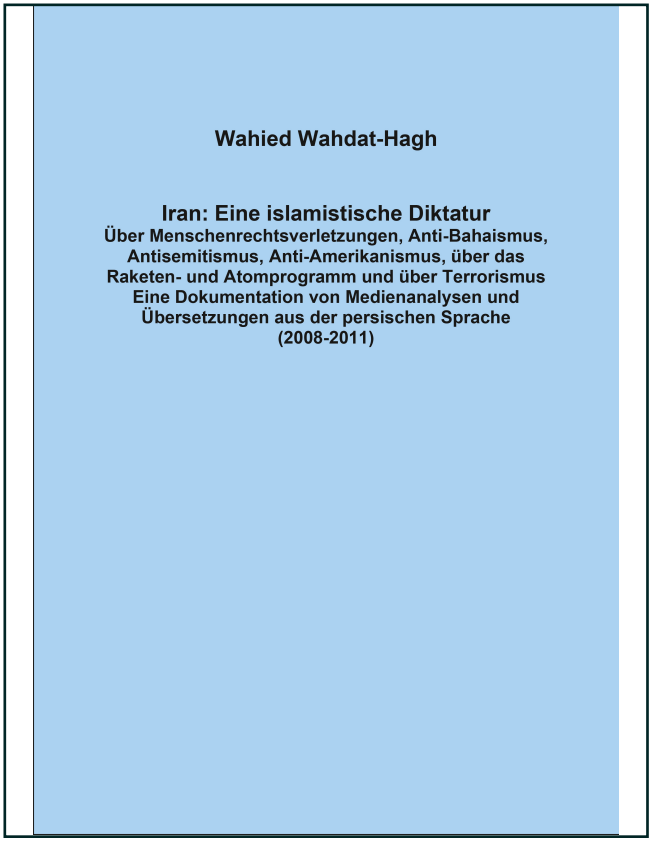
Wahied Wahdat-Hagh (Autor)

Iran: Eine islamistische Diktatur

Über Menschenrechtsverletzungen, Anti-Bahaismus, Antisemitismus, Anti-Amerikanismus, über das Raketen- und Atomprogramm und über Terrorismus. Eine Dokumentation von Medienanalysen und Übersetzungen aus der persischen Sprache (2008-2011)



https://cuvillier.de/de/shop/publications/8131

Copyright:
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,

Germany
Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: https://cuvillier.de

Islamistische Diktatur

Iran: Die Fiktion von Wahlen [1]

Am 14. März 2008 sollen in Iran „Wahlen“ des islamistischen „Parlaments“ stattfinden, dabei ist das Kalifat das Staatsmodell für die „Islamische Republik Iran“. Die innerislamistischen Diskussionen haben begonnen. Konflikte sind vorprogrammiert, denn ob Reformkräfte zu den Wahlen zugelassen werden, ist ungewiss.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Am 31. Dezember 2007 zitierte Farsnews den „großen Führer der islamischen Revolution, Ayatollah Ali Khamenei.“ Er sagte, es sei wichtig, dass das iranische Volk weiß, dass die „Wahlen eine göttliche Prüfung“ seien. Ayatollah Ali Khamenei erläuterte die islamische Herrschaft mit Blick auf die Urgeschichte des Islam: „Die Ernennung der Imame durch den Propheten des Islam, kommt in Wirklich ihrer Wahl durch den erhabenen Gott gleich.“ Dies zeige, dass „aus der Sicht des Islam, die islamische Herrschaft im Sinne der Imamat ist und beschränkt sich daher nicht auf die bloße Verwaltung der Bevölkerung."

Damit gibt Khamenei die Staatsdoktrin des Iran wieder, so wie diese von Ayatollah Khomeini deklariert wurde. Demnach steht die Herrschaft des Klerus heute in der Tradition des Kalifats. Der Klerus sei legitimiert zu herrschen, bis der 12. Imam, der im 10. Jahrhundert verschwand, wieder erscheine.

Khamenei betonte, dass die schiitische Herrschaft sich von allen anderen Herrschaftsformen unterscheide. Er plädierte dafür, dass die Schiiten auch heute das „Imamat von Imam Ali als Vorbild“ nehmen. Das Kalifat, die Herrschaft von Imam Ali, sei das „Modell“ auch für die heutige islamische Herrschaft. O-Ton des Revolutionsführers: „Das iranische Volk genießt in der heutigen islamischen Welt die stärkste Logik, das heißt die Logik der Welayat (Herrschaft der Kleriker) und des Imamat.“ Er rief zu einer „Einheit der Sunniten und der Schiiten“ auf, damit die „Mächte der Arroganz nicht mehr zwischen ihnen intrigieren.“ Er warnte die Iraner mit Blick auf die kommenden Wahlen vor den Feinden, die das islamische Volk spalten wollen.

Die Furcht der Reformislamisten

Die reformislamistischen Gruppierungen lassen sich nach der reformislamistischen Zeitung Kargozaran wie folgt einteilen: Die „Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution“, die von Mohammad Salamati geführt wird. Und die „Partei

[1] https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061645/Iran-Die-Fiktion-von-Wahlen.html 04.01.08

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

des nationalen Vertrauens“, geführt von Rasul Montakhabnia. Hinzu kommt die „Versammlung der islamischen Frauen“ geführt von Fateme Karubi, ferner die „Versammlung der kämpfenden Geistlichkeit“ geführt von Hadi Qaffari, sowie die „Front zur Festigung von Demokratie“, geführt von Hojatoleslam Qayyumi. Schließlich gibt es noch die nationalreligiösen Kräfte, die sich als Organisation schon seit Jahren gar nicht aufstellen dürfen. Laut Kargozaran ist die eigentliche Sorge der „Reformer, die Art und Weise, wie die Kandidaten zu Wahlen zugelassen werden.“ Man geht davon aus, dass Reformislamisten kaum zugelassen werden.

Unter den Reformislamisten gibt es dennoch ein breites Spektrum. Ibrahim Yasdi von den Nationalreligiösen spricht sich für ein Bündnis der Reformkräfte aus. Er warnt, der Wächterrat könnte alle Reformkräfte disqualifizieren. Dies würde das Land in große Konflikte stürzen. Er kritisierte den Wächterrat direkt, der eine Politik des „Alles oder Nichts“ verfolge. Yasdi befürchtet ein hartes Vorgehen des Wächterrates. In einem Interview sagte er: „Erst wenn alle Reformer als Gruppe die Änderung der Mitglieder des Wächterrates oder die Änderung von dessen Politik zur Bedingung für die Wahlen machen,“ gäbe es eine Chance, dass die Reformkräfte zum Zuge kämen.

Anders argumentiert Mohammad Sare Fimani, der zwischen den falschen und „wahren Reformer“ unterscheidet. „Wahre Reformer“ seien die Anhänger der „Linie des Imam Khomeini“, die seinerzeit auch Präsident Khatami an die Macht verholfen hätten. „Wahre Reformer“ würden niemals jenseits der Verfassung argumentieren.

Reformislamisten für Partizipation an der Diktatur

Mohamad Salamati bezeichnete es als eine „Pflicht der Reformfront dafür zu sorgen, dass viele Menschen an den Wahlen teilnehmen.“ Und der Reformislamist Qaffari erklärte, dass Ayatollah Khomeini immer davon ausgegangen sei, dass die „Regierung mit Unterstützung des Volkes“ bestimmt werden müsse. Der Revolutionsführer Khomeini ging davon aus, dass der Klerus gegenwärtig der legitime Vertreter Gottes auf Erden sei. Das gläubige Volk müsse dies letztlich erkennen und sich für diejenigen Kandidaten, die vom Wächterrat abgesegnet werden, entscheiden. Damit geht das khomeinistische Verständnis der Wahlen prinzipiell eher von einer Beipflichtung der Wähler zum „göttlichen Willen“ aus - vermittelt durch die totalitären Organe des Wächterrates - , als von einem objektiven Volkswillen. Und genau damit verleihen die Reformislamisten den Schein-Wahlen im Iran eine pseudodemokratische Legitimität.

Dennoch stehen die Reformisten unter Druck. Salamati geht davon aus, dass die „Bedingungen für die Zulassung der Reformer an den Wahlen viel härter geworden sind.“ Nur eine hohe Wahlbeteiligung könne den Druck auf die Reformer senken. Dies macht ferner die Absurdität der Wahlen in Iran deutlich. Einerseits sägt die Diktatur immer mehr an den eigenen Ästen, andererseits versucht der reformislamistische Flügel mit aller Gewalt der Diktatur eine Legitimität zu verleihen.

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Die Siegesgewissheit der „Prinzipientreuen“

Zwar berufen sich auch die Reformislamisten auf den ersten Revolutionsführer Ayatollah Khomeini, aber die „Osulgaran“ pochen mehr auf das Führerprinzip und die Rolle des Führers als Vertreter Gottes auf Erden. Mohammadreza Bahonar, Vorsitzender der einflussreichen Organisation der „islamischen Gesellschaft der Ingenieure“, ist der Meinung, dass die „Prinzipientreuen“ bei den letzten Wahlen „keine Einheit herstellen konnten.“ Aber dank des „göttlichen Willens“ sei Ahmadinedschad gewählt worden. Dies habe die revolutionären Ziele von 1979 wieder belebt.

Anders als die Reformislamisten, die massive Disqualifizierungen des Wächterrates befürchten, sind sich die „Prinzipientreuen“ siegessicher. Bahonar geht davon aus, dass nicht mehr wie in der Vergangenheit nur 60 bis 70 Prozent der Kandidaten qualifiziert, das heißt zugelassen werden, sondern 90 bis 95 Prozent der vorgeschlagenen Kandidaten aufgestellt werden würden, berichtet Kargozaran.

Über die Atompolitik sagte Bahonar: „Wir haben große Erfolge auf dem Gebiet der Atompolitik erzielt, aber nun ist die Rede von einer dritten Resolution des UN-Sicherheitsrates. Es ist aber wahrscheinlich, dass die dritte Resolution verschoben wird oder gar nicht verabschiedet wird. Wir müssen aber mit der Bevölkerung reden und ihr sagen, dass wir mehr gewinnen als verlieren werden. Es ist möglich, dass der Preis mancher Waren infolge einer Resolution steigt. Es kann sein, dass die Versicherungen teuerer werden oder dass sie uns manche Waren nicht mehr verkaufen. Aber was wir dennoch bekommen werden ist viel wertvoller, als was wir verlieren.“

Bahonar meint damit das Urananreicherungsprogramm, das viel „wertvoller“ sei als „Krankenversicherungen, die teurer“ würden. Tatsächlich will der Iran auf das Urananreicherungsprogramm nicht verzichten. Damit erhält der Iran das technologische Potential des Baus einer Atombombe. Denn 99 Prozent des Weges zur Atombombe ist identisch mit einem zivilen Atomprogramm, wenn Urananreicherung angestrebt wird.

Viele Iraner haben Angst vor den Folgen einer potentiellen Atombombe. Viele kennen den Bericht des US-amerikanischen Wissenschaftlers Anthony Cordesman. Daraus geht hervor, dass im Falle eines Krieges der Iran unvorstellbare Verluste erleiden werde. Daher wächst der Widerstand gegen die iranische Atombombe. Ein Bündnis gegen das iranische Vernichtungsprogramm fordert beispielsweise die Einstellung der „Geschäfte mit den Mullahs.“ An der international durchgeführten Unterschriftenaktion „Stop the Bomb“ beteiligen sich auch immer mehr Exiliraner.

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Keine Demokratie mit dem Wächterrat

Hassan Yousefi Eshkevari darf nach der berühmt gewordenen Berlin-Konferenz der Heinrich Böll-Stiftung im April 2000 nicht mehr den Beruf eines Geistlichen ausüben. Dabei hatte er denselben religiösen Rang wie Ex-Präsident Mohammad Khatami. Eshkevari war selbst ein Mitglied des ersten islamistischen „Parlaments".

Eshkevari sagte in einem Interview mit der Exilzeitung Rooz, dass aus der „Urne des Wächterrates keine Demokratie erwächst." Dennoch spricht er sich gegen einen Boykott der Wahlen aus. Zwar haben Eshkevari zufolge die Machthaber im Iran alles dafür getan, dass die demokratischen Kräfte nichts bewirken können. Er sagte: „In Wirklichkeit halten sie alle in einem Zustand des Todes, so dass die Menschen mit einem Fieber zufrieden sind." Weder habe die Partizipation an den Wahlen etwas geholfen noch habe ein Boykott weiter geholfen. Er sagt: „Wenn überhaupt ein wenig Hoffnung existiert, dass sich die Lage bessert, gibt es keine andere Lösung als an den Wahlen teilzunehmen und die Reformkandidaten zu wählen".

Tatsächlich ist nicht klar, wie viele Reformislamisten überhaupt vom Wächterrat zur Wahl aufgestellt werden.

Dissidenten wie Akbar Ganji riefen schon vor zwei Jahren dazu auf, nicht an der politischen Diktatur zu partizipieren und die Wahlen zu boykottieren. Im Iran existieren keine freien Wahlen und freie Parteien sind nicht zugelassen. Im Iran spricht man von Majless, der Versammlung des islamischen Rates. Das Majless ist mit einem Parlament kaum zu vergleichen. Das Volk darf nicht die eigenen Vertreter wählen, sondern Kandidaten, die vom totalitären Organ des Wächterrates erst „qualifiziert" werden müssen. Schon seit spätestens 1982 wurden alle nicht-islamistischen Parteien und Organisationen verboten. Demokratische Wahlen sind im Iran eine Fiktion.

Iran: Die Wahlen zum Pseudoparlament [2]

Bei den achten Wahlen zum iranischen Pseudoparlament, Madschless, wurden die meisten Reformislamisten disqualifiziert. Sogar zwanzig Mitglieder des gegenwärtig noch arbeitenden Madschless dürfen nicht mehr kandidieren.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Vorweg: Im Iran wählt das Volk nicht seine Abgeordneten, sondern die vom Wächterrat als absolut loyal eingestuften Kandidaten. Die Souveränität des Volkes wurde vor 29 Jahren vollends aufgehoben. Der Staatsklerus instrumentalisiert das Pseudo-Parlament für sein Ziel der Alleinherrschaft.

[2] https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061653/Iran-Die-Wahlen-zum-Pseudoparlament.html 08.02.08

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Von den gegenwärtig 288 Mitgliedern des islamistischen „Parlaments“, haben sich rund 19 Mitglieder des gegenwärtigen siebten Madschless nicht mehr um eine neue Kandidatur beworben. Rund 60 gegenwärtige Mitglieder des Madschless wurden im Vorfeld der Entscheidung des Wächterrates von vorgeschalteten Kontrollorganen disqualifiziert. Sie beschwerten sich beim Wächterrat. 20 der vorab disqualifizierten Parlamentsmitglieder wurden endgültig vom Wächterrat abgelehnt. Über die weiteren 40 Mitglieder entscheidet der Wächterrat in einer weiteren Runde.

„Einheitsfront“ der Prinzipialisten

Der Sprecher des „Jamee-ye Rohaniat-e Mobarez“, (Gesellschaft der kämpfenden Geistlichkeit) ist Qolamreza Mesbahi Moqaddam. Vorsitzender dieser Hardliner-Organisation ist Ayatollah Mahdawi Kani. Es ist noch nicht entschieden, ob sich die sogenannten Prinzipialisten, „Osulgara“ genannt, in kleine Schismen aufspalten, oder ob sie sich auf einer gemeinsamen Liste zur Wahl stellen.

Qolamreza Mesbahi Moqaddam hatte auf einer Veranstaltung der „Issargaran-e Enqelab-e Eslmai“, (Die Freigiebigen der islamischen Revolution) die „Einheitsfront“ der „Hardliner“ gefordert. Es gibt innerhalb dieser Front taktische Differenzen zwischen professionellen islamistischen Politikern und Klerikern.

Dennoch hegt eine islamistische Nicht-Kleriker-Faktion die Absicht sich zu verselbständigen: Ali Laridschani (Atomunterhändler), Mohammad Baqer Qalibaf (Bürgermeister von Teheran) und Mohssen Reszai (Ex-General der Revolutionsgarden), die als „moderate“ Prinzipialisten gelten, haben eine eigene Liste für die Wahlen zum achten Madschless gebildet. Ali Laridschani war kurz vorher von Ayatollah Yasdi, der der Jamee-ye Modaressin (Gesellschaft der Lehrenden) angehört, gefragt worden, ob er für ihre Liste kandidiert, schreibt die reformislamistische Zeitung Etemaad. Ali Laridschani hat sich noch nicht entschieden, ob eine gemeinsame Liste der Prinzipialisten nicht „logischer“ wäre. Ayatollah Yasdi hat ihn in das Klerikerzentrum Qom eingeladen, um ihn von einer gemeinsamen Liste zu überzeugen. **Ex-Präsidentschaftskandidat spricht von Machtmonopolisierung**

Mostafa Moin zählte bei den neunten Präsidentschaftskandidaten zu den aussichtsreichsten Kandidaten, aber Ahmadinedschad gewann die Wahlen vom Juni 2005. Nun erklärte Moin, dass er sich gar nicht um ein Amt im achten Parlament bewerben werde. Moin schreibt über die andere islamistische Faktion von Ahmadinedschad: „Sie sind fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass sich die Erfahrung der Wahlen vom Mai 1997, die der Reformregierung und des sechsten Madschless nicht mehr wiederholen. Daher war es vorauszusehen, dass gerechte Bedingungen, die eine Konkurrenz bei den Wahlen erlauben würden, um jeden Preis verhindert werden sollen.“

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Moin glaubt an die Islamische Revolution, sagt jedoch, dass eine die „Grundlagen der Revolution in Brand steckende Bedrohung, das System und die Revolution gefährde.“ Er sagt, wenn das Problem der „Machtmonopolisierung“ nicht gelöst werde, dann würden einige der „wichtigsten Errungenschaften der Revolution gefährdet werden.“

Moin unterschlägt hierbei, dass auf der Grundlage der totalitären Verfassung der Islamischen „Republik“ des Iran schon zu Beginn der Revolution alle säkularen Kräfte, ebenso wie liberale, nationalbürgerliche, sozialistische, kommunistische und später sogar nationalreligiöse Kräfte, von den Wahlen ausgeschlossen wurden. Nun zeigt sich, dass der totalitäre Staat sogar in der Lage ist, die „unruhigen“ reformislamistischen Kräfte aus den eigenen Reihen zumindest teilweise vom Parlament fern zu halten.

Tatsächlich ist lediglich die Gruppe um Mehdi Karrubi, als eine als „moderat“ geltende reformislamistische Gruppe als Konkurrent zu den Hardlinern vom Wächterrat „abgesegnet“ worden. Karrubi, der vom deutschen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse so hofiert wurde, distanzierte sich inzwischen von den anderen Reformern. Die um Karrubi sich versammelnden „moderaten“ Reformislamisten stellen das letzte Feigenblatt dar, das die totalitäre Diktatur legitimieren soll. Es erweist sich als ein fataler historischer Fehler, dass die auch hierzulande proislamistische Annäherung und Unterstützung, die die Reformislamisten als Garanten eines „demokratischen Prozesses“ bewertete, weder zu Reformen noch zur Demokratisierung des Herrschaftsapparats führt.

Idealisten der Diktatur

Issa Saharkhis ist ein Journalist, der die Frage aufwirft, was mit der „demokratischen Front und den Menschenrechten“ passiert sei, die vor drei Jahren von dem Präsidentschaftskandidaten Moin gefordert wurden. Er kritisiert die Vorstellung derjenigen, die gemeinsam mit und neben den „Machtmonopolisten“, gemeint sind die Prinzipialisten, die Demokratie im Iran einführen wollen. Abstrakt fordert Saharkhis politische, rechtliche, soziale und kulturelle Rechte für alle Iraner.

Für Saharkhis sind die Universellen Menschenrechte eine Grundlage für die Verwirklichung demokratischer Rechte. Er lehnt auch die „Monopolisierung der Macht“ ab. Im Teufelskreis der Diktatur verschwinden seine abstrakten Vorstellungen von einer Welt „ohne Gewalt, Krieg und Terror und einer friedlichen Koexistenz.“ Solche Forderungen verklingen in der Dunkelheit einer totalitären Diktatur, die die staatsklerikalen Reformislamisten und ihre Technokraten nicht abschaffen wollen und idealistische Reformintellektuelle wie Saharkhis nicht abschaffen können.

Es ist eine Tatsache, dass das gesamte islamistische Spektrum, Reformislamisten und Prinzipialisten alle zu den verschiedenen Faktionen des fundamentalistisch

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Staates gehören. Nach 29 Jahren wird der totalitäre Wille zur Alleinherrschaft der Islamisten in einer theokratischen Herrschaft immer deutlicher.

Iran: Das sultanistische Regime [3]

Der Dissident Akbar Gandschi bezeichnet das politische System des Iran als sultanistisch. Der „Führer“ herrsche wie ein Sultan. Dieser habe die Trennung der drei Gewalten im Staat abgeschafft. Die drei Gewalten seien in seiner Funktion als Sultan vereinigt. Auch das Pseudoparlament, Madschless, werde sultanistisch regiert.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der iranische Dissident Akbar Gandschi stellt in einer sozialwissenschaftlichen Analyse fest, dass in einem historischen Prozess das politische System des Iran sich zunehmend von einem charismatischen Führerstaat in einen militarisierten Führerstaat verwandelt hat. Den „Führerstaat“ bezeichnet er als sultanistisch.

Gandschi vergleicht die drei Regierungsphasen von Rafsandschani, Khatami und Ahmadinedschad. In den letzten dreißig Jahren habe sich das Wesen der Verfassung und des „sultanistischen“ Führerstaates nicht verändert, auch wenn die Regierungen ein unterschiedliches Verhältnis zu Führer und Volk hatten. Alle drei Regierungen wollten weder eine Änderung des politischen Systems im Iran noch beabsichtigten sie jemals das politische System zu demokratisieren, so Akbar Gandschi.

Sultanistisches Madschless

Gandschi liefert zunächst ein innenpolitisches Beispiel: Ali Khamenei habe das Madschless unter der Regierung von Khatami kritisiert: „Die allgemeine Stimme des sechsten Madschless widerspricht vielen Interessen unseres Systems.“ Der „Führer“ habe einige Reformer als zu „amerikanisch“ bezeichnet. Manche Reformer hätten „dem Feind grünes Licht gegeben.“ Aber das siebte Madschless unter Ahmadinedschad sei viel mehr im Sinne des sultanistischen Führers.

Auch die politische Unterdrückung sei in den drei Perioden unterschiedlich gewesen. Die Wahlen bezeichnet Gandschi als „gefälschte Pseudowahlen“ [Shebhe Entekhabat Taqalobi]. Die politischen Gegner haben prinzipiell kein Recht an den Wahlen teilzunehmen. Gandschi schreibt: „Die Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, müssen an die islamische Verfassung, an den Islam, an das Prinzip des Welayate Faqih, an Herrn Khomeini und Khamenei glauben." Zwar organisiere das

[3] https://spme.org/boycotts-divestments-sanctions-bds/boycotts-divestments-and-sanctions-bds-news/wahied-wahdat-hagh-iran-das-sultanistische-regime/4590/
https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061656/Iran-Das-sultanistische-Regime.html 15.02.08

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Staatsministerium die Wahlen, aber der Wächterrat habe die Macht, betont Gandschi. Schon bei früheren Wahlen habe der Wächterrat regelmäßig politisch unliebsame Kandidaten disqualifiziert.

Beispielsweise habe der Wächterrat die meisten „linken“ Mitglieder des dritten Madschless nicht mehr für das vierte Madschless qualifiziert. Hier muss hinzugefügt werden, dass die islamistische „Linke“, deren Mitglieder auch als Reformer bekannt wurden, nie Reformen durchgesetzt haben. Auch unter der Khatamiregierung habe der Wächterrat mehr als 3500 Kandidaten disqualifiziert. Bei den Wahlen unter Khatami sei so umfangreich gefälscht worden, dass sogar Rafsandschani und Karrubi sich beschwert haben. Mostafa Tadschzadeh, ehemaliger hoher Mitarbeiter des Staatsministeriums, habe, als 3500 „linke“ Islamisten disqualifiziert wurden, von einem „parlamentarischen Putsch“ gesprochen,. Im Vorfeld der achten Madschlesswahlen am 14. März wurden 31 Prozent der „linken Reformer“ disqualifiziert. Gandschi meint, dass sich „Herr Khamenei ein sultanistisches Madschless“ wünsche. Der Sultan gehe davon aus, dass es sich lohne die „Unruhe von ein zwei Monaten auszuhalten, um vier Jahre Ruhe zu haben.“

Hinrichtungen von Andersdenkenden im In- und Ausland haben Tradition

Einen weiteren Aspekt, den Gandschi für alle drei Regierungen untersucht, ist die politische Unterdrückung. Die schlimmsten Unterdrückungen habe es im ersten Jahrzehnt unter dem charismatischen Führer Khomeini gegeben. Ali Khamenei, der gegenwärtige Führer, war von 1981-1989 Präsident des Iran. Schon in seiner Präsidentschaftszeit seien im Sommer 1988 auf Befehl von Khomeini Tausende hingerichtet worden, wobei hinzugefügt werden müsste, dass die Tausenden von Hinrichtungen, ohne jeglichen Prozess, die in den ersten Jahren der Revolution (1979 – 1988) begangen wurden, genauso wenig zu legitimieren sind.

Unter der Präsidentschaft von Rafsandschani habe der iranische Geheimdienst unter der Führung von Ali Fallahian Dutzende Gegner im Ausland erschießen lassen. Und unter Khatami habe der Geheimdienst Dutzende Intellektuelle und Politiker im Iran umgebracht. Die Morde wurden als Kettenmorde bekannt. Khatami habe damals, dem Befehl des Sultans folgend, ausgerechnet einen „Hardliner“ als Verantwortlichen für die Verfolgung der Mörder ernannt.

Linksislamistische Organisationen und Intellektuelle sollen ihre Kritik unter Ahmadinedschad zwar verstärkt haben, aber sie würden dafür auch einen hohen Preis zahlen, den der Disqualifizierungen seitens des Wächterrates. Bekannt sind aber auch die Zerschlagung der Studenten-, Lehrer-, und Frauendemonstrationen und die öffentlichen Hinrichtungen. Zwar gäbe es inzwischen bessere Gefängnisse als vor dreißig Jahren im Iran, dennoch sei die „soziale Unterdrückung“ immens.

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Populistische Politik iranischer Politiker

Akbar Gandschi stellt fest, dass alle Politiker der Islamischen Republik in den letzten Jahren eine vollständig populistische Politik betrieben haben. Ahmadinedschad spräche die Sprache der Straße. Aber nicht nur Ahmadideschad habe den Iranern versprochen, dass die Bevölkerung auch etwas von den Petrodollars bekommen würde. Während der Revolution sei ebenfalls der Bevölkerung versprochen worden, dass nicht mehr Amerika und die Schahfamilie vom Öl profitieren werden, sondern die gesamte Bevölkerung. Ahmadinedschad habe lediglich dafür gesorgt, dass die staatlichen Banken kurzfristige Kredite vergeben haben, die die Inflation angeheizt haben.

Gandschi betont, dass die Proteste der Bevölkerung dennoch nicht abgenommen haben. Die Regierung setze die Repressionen fort. Beispielsweise sei sogar der Direktor der Teheraner Universität infolge der Studentendemonstrationen abgesetzt worden. Unter der Regierung von Khatami hätten viele der heutigen Kader der verschiedenen unterdrückten Protestbewegungen mit der politischen Arbeit angefangen.

Der Oberste Nationale Sicherheitsrat

Gandschi schreibt, dass es zwar richtig sein mag, dass Ahmadinedschad sich ohne die Zustimmung des „Führers“ gegen manche „moderate Hardliner“ wie Ali Laridschani gestellt habe, aber schon Präsident Khatami habe einen Hardliner, Dori Nadschafabadi zum Geheimdienstminister ernannt.

Gandschi vergleicht auch die Funktion des „Obersten nationalen Sicherheitsrates“ in den letzten drei Jahrezehnten. Dieser „Rat“ stehe vollständig unter dem Befehl des „Führers“. Sowohl unter Rafsandschani, als auch unter Khatami und Ahamdinedschad habe dieser „Rat“ die Medien hart zensiert. Auch Khatami habe als Vorsitzender des „Obersten nationalen Sicherheitsrates“ seinen Beitrag zur Stärkung dieses Organs geleistet. Beispielsweise schreibe dieser „Rat“ den Medien vor, worüber sie nicht berichten dürften. Verschiedene Themen können davon betroffen sein, von Problemen des Atomprogramms bis zu Unruhen in Kurdistan oder in der arabischen Provinz.

Die Militarisierung

Das politische System habe sich nach Gandschi in den letzten dreißig Jahren immer stärker militarisiert. Militärs der Bassidschi und der Revolutionsgarden haben immer mehr Ämter in der Wirtschaft übernommen und seien immer politischer geworden. Da der erste Revolutionsführer Ayatollah Khomeini ein charismatischer Führer gewesen sei und sich seiner Macht gewiss war, sei er gegen die Beteiligung von Militärs in direkter Staatspolitik gewesen. Aber Ali Khamenei sei von Anfang an militaristisch gepolt gewesen. Er habe schon unter der provisorischen Regierung von

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

Basargan, zu Beginn der Revolution, Khomeini im Verteidigungsministerium vertreten. Als Präsident habe er durchgesetzt, dass das Geheimdienstministerium vom Präsidenten kontrolliert werden müsse. Ali Khamenei, den Gandschi als Sultan bezeichnet, sei schon immer für das Erregen von Furcht und Angst in der Gesellschaft gewesen und habe dies religiös begründet. So lässt sich auch erklären, warum Khamenei eine Reihe von alt gedienten Revolutionsgarden in die Leitung der staatlichen Medien oder bereits in das siebte Madschless befördert habe. Gandschi meint auch, dass die Revolutionsgarden dem Befehl des „Sultans“ ausgesetzt sind und alleine nicht handeln dürfen. Unter Ahmadinedschad sei zudem das Staatsbudget für den Militärapparat im Vergleich zum Budget der Khatamiregierung verdoppelt worden. Die Revolutionsgarden würden inzwischen sogar mit Regierungen und Unternehmen anderer Staaten Verträge im Ölgeschäft unterzeichnen. Staatliche Häuserbauprojekte seien für Militärs und Sicherheitsbeamte forciert worden. Kürzlich habe ein General der Revolutionsgarden, Hassan Firuzabadi, davor gewarnt, dass amerikafreundliche Personen staatliche Ämter besetzen könnten.

Der Dissident Gandschi schreibt, dass es im „sultanistischen Regime“ nicht die drei getrennten Gewalten der Judikative, der Exekutive und der Legislative gebe: Er schreibt: „Der Sultan hat es geschafft die drei Gewalten zu vereinheitlichen.“

Die Militarisierung der Wahlorganisation in Iran [4]

Der ehemalige Geheimdienstminister des Iran, Ali Yunessi, kritisiert die Militarisierung der Wahlorganisation des iranischen Pseudo-Parlaments, Madschless. Auch die linksislamistische „Organisation der Mojahedine Enqelabe Eslami“ bezweifelt die Richtigkeit der Wahlergebnisse zum achten Madschless.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Nachdem die erste Runde der Wahlen am 14. März zu keinem endgültigen Ergebnis führte, gewann das zerstrittene Lager um den Präsident Ahmadinedschad in der zweiten Wahlrunde am 25. April die meisten Sitze.

In den ersten Jahren nach der islamischen Revolution von 1979 wurden bereits alle linken und rechten säkularen Kräfte im Iran und bald auch die Nationalreligiösen verboten. Inzwischen werden mehr und mehr sogenannte linksislamistische „Reformkräfte“ vom Zirkel der Macht ausgeschlossen. Die islamistischen Reformer, die bisher kaum Reformen durchsetzen konnten, schwören dabei vergeblich auf den ersten Revolutionsführer Ayatollah Khomeini und auf die islamische Revolution.

[4] https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061675/Die-Militarisierung-der-Wahlorganisation-in-Iran.html 09.05.08

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.